

**„Diese Wirtschaft tötet“ (Papst Franziskus) -  
Eine Spirale sozialer Ungleichheit, imperialer Ökonomie, militärischer Konflikte**  
*Friedhelm Hengsbach SJ, Nell-Breuning Institut*

Kaum eine Erklärung des neuen Papstes Franziskus hat die überregionalen Medien derart erregt, wie der Satz in dem Apostolischen Schreiben: „Diese Wirtschaft tötet“. „Der Papst irrt“ schrieb Marc Beise in der Süddeutschen Zeitung. Der Papst verstehe nichts von Wirtschaft, er beurteile die globale Ökonomie einzig aus der Perspektive seiner Heimat Argentinien, kenne nicht die segensreichen Wirkungen einer sozialen Marktwirtschaft, begreife nicht, dass die Armut in der Welt überall nicht durch Gebet, Almosen und Barmherzigkeit beseitigt wird, sondern nur dort, wo der Kapitalismus herrscht und innovative Unternehmen durch Gewinnanreize bewegt werden, Hunger und Wassermangel zu beseitigen, so wurde argumentiert.

Was hat der Papst mit diesem provokanten Satz gemeint? Er kritisiert eine Wirtschaft, die ausgrenzt und ausschließt, in der dem Geld eine religiöse Weihe verliehen wird, in der die Finanzsphäre die Realwirtschaft beherrscht und alle Lebensbereiche durchdringt, eine Wirtschaft, die wachsende soziale Ungleichheit erzeugt, aus der soziale Spannungen und militärische Konflikte hervorgehen. In seinem neuen sozio-ökologischen Rundschreiben ruft er alle Menschen dazu auf, den Schrei der Erde und der Armen nicht zu überhören und sich dafür einzusetzen, dass die soziale Katastrophe und die ökologische Katastrophe, die untrennbar miteinander verbunden sind, nicht eintreffen werden.

### **1. Panorama sozialer Ungleichheit**

(1) „Deutschland geht es gut“, verkündet die Bundeskanzlerin. Die Beschäftigung hat eine Rekordmarke von 43 Millionen Erwerbstätigen erreicht, die Arbeitslosenquote ist unter sechs Millionen gesunken, die Exportwirtschaft ist global wettbewerbsfähig.

(2) Doch über einen Zeitraum von 20 Jahren, von 1991 bis 2012, wurden die Bruttoverdienste aller Beschäftigten durch erhöhte Verbraucherpreise aufgezehrt: Der Produktivitätszuwachs je Erwerbstätigenstunde lag bei mehr als 36 Prozent, die Reallöhne sanken um 1,6 Prozent, Erst ab 2007 hat die Lohnentwicklung die allerdings niedrige Inflationsrate wieder eingeholt und übertroffen. Der Lohnabstand zwischen den Entgelten leitender Angestellter und höherer Fachkräfte einerseits und den Entgelten angelernter und Facharbeiter andererseits hat sich vergrößert, ebenso der Abstand der Haushaltseinkommen zwischen den oberen und unteren Bevölkerungsgruppen. Die Verdienste der Industriearbeit weichen erheblich von denen der Sorge-Arbeit ab; zudem spiegeln sie auch die erwerbswirtschaftliche Benachteiligung der Frauen gegenüber den Männern. Noch krasser ist die Schieflage in der Verteilung der Vermögen - nicht nur dass 2011 das oberste Zehntel der nach Vermögen gruppierten Privathaushalte über mehr als 59 Prozent des Gesamtvermögens verfügte, während 28 Prozent der Gesamtbevölkerung überhaupt kein Vermögen hatte oder verschuldet war, sondern dass auch das staatliche Reinvermögen 1991-2011 von 800 Mrd. Euro auf 11,5 Mrd. Euro abgeschmolzen ist, während das Vermögen der Privathaushalte sich von knapp 4,6 Billionen Euro auf rund 10 Billionen Euro verdoppelt hat. Der durchschnittliche Anteil der Kinder aus bildungsnahen Bevölkerungsklassen, die ein Gymnasium besuchen, ist mehr als viermal so hoch wie der Anteil der Kinder aus

Arbeiterfamilien. Das deutsche Bildungssystem gleicht die gesellschaftliche Polarisierung nicht aus, sondern verschärft sie.

## **2. Imperiale Ökonomie / postkoloniale Abhängigkeit**

Sobald die Willkommenseuphorie derer, die in wirtschaftlich und gesellschaftlich gesicherten Verhältnissen leben, abebbt und diejenigen sich zu Wort melden, die ihre Chance gefährdet sehen, gute Arbeitsgelegenheiten zu finden, wird es vielleicht möglich, jene politischen Ursachen, weshalb so viele Menschen vor Gewalt und Armut fliehen und am Reichtum der Wohlhabenden in Europa beteiligt sein wollen, zum öffentlichen Thema zu machen.

(1) Das Regime In Eritrea, das im Befreiungskampf gegen Äthiopien die Unabhängigkeit errungen hat, bedient sich der allgemeinen Wehrpflicht, um junge Leute über Jahre hinweg als Zwangsarbeiter kanadischen Bergbauunternehmen zu überlassen. Die erzielten Deviseneinnahmen fließen in die Staatskasse.

(2) Nur ein Fünftel der Weltbevölkerung hat Zugang zu Trinkwasser. Die UN streben bis 2025 an, dass zwei Drittel der Weltbevölkerung in Regionen mit ausreichend sauberem Wasser leben. Für private Firmen eröffnet sich - mit Unterstützung von WTO, GATS und EU - ein gigantischer Markt, um Lizenzen und Konzessionen zu erwerben, sich Wasserquellen und Verteilungsnetze privat anzueignen, profitabel zu erschließen, Wasser in Flaschen abzufüllen und zu verkaufen. Gemäß der marktradikalen Dogmatik sei die Privatwirtschaft eher als öffentliche Unternehmen in der Lage, mit angemessenen Preisen für Wasser einen sparsamen Umgang mit dem knappen Gut und dessen optimale Verteilung zu gewährleisten, wird behauptet. Nestlé in Brasilien und Coca-Cola in Indien sind Pioniere der Privatisierung des öffentlichen Gutes Wasser.

(3) Die EU hat mit den vorher assoziierten englischen und französischen Kolonien, jetzt unabhängigen afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten so genannte Freihandelsabkommen geschlossen. Gemäß der propagierten Theorie des Freihandels gelten solche Vereinbarungen als vorteilhaft für alle Partner. Dies trifft allerdings nur unter idealtypischen Bedingungen zu, wenn nämlich die Produktions-, Nachfrage-, Markt- und Entwicklungsbedingungen der Partner und deren Verhandlungspositionen ähnlich sind, ungleiche Verträge also ausgeschlossen sind. Tatsächlich haben die Marktöffnung dieser Staaten für EU-Agrarprodukte, die Senkung der Importzölle auf Druck des IWF und der Weltbank, die Konkurrenz der von der EU mehrfach subventionierten Importwaren mit den heimisch erzeugten Produkten dazu geführt, dass der regionale Handel unterlaufen wird und einheimische Produzenten resignieren. In Ghana gilt dies für den Tomatenanbau, im Senegal für die Fischerei, in Mali für die Baumwollproduktion. In Ghana ist der Markt für heimisches Geflügel nach knapp zehn Jahren (1992-2001) von 95% des Angebots auf 11% zusammengeschmolzen. Die Staaten des ehemals französischen Westafrikas sind in einer Afrikanischen Währungsgemeinschaft (CFA) zusammengeschlossen, können jedoch nicht ohne die Zustimmung der ehemaligen Kolonialmacht über die Geldmenge sowie über die Anlage von Währungsreserven und Devisen entscheiden. Die französische Zentralbank kann jeden Beschluss mit einem Veto blockieren.

(4) Die Regierungen Malis unter Präsident Keita und Senegals unter Präsident Senghor hatten

nach der Unabhängigkeit eine Konföderation gegründet. Diese zerfiel unter massiver Einwirkung Frankreichs nach kurzer Zeit, indem die unterschwellig abweichende politische wie auch kulturelle Nähe und Distanz der beiden Länder zu Frankreich von außen hochstilisiert wurde. Im Parlament Malis und in der Öffentlichkeit wird französisch gesprochen, die Behörden bedienen sich der französischen Sprache, die postkoloniale Klasse schickt ihre Kinder auf Schulen, in denen französisch gesprochen wird. Französisch ist die Sprache der Mächtigen. Die Hoheit über die Sprache ist ein Instrument der Macht.

### **3. Militärische Konflikte**

(1) Der Umgang der EU mit den Flüchtlingen ist durch Abschottung, das Aussortieren der Höherqualifizierten, die von den Unternehmen erwünscht sind, durch Abschreckung, Ab- bzw. Rückschiebung in angeblich sichere Drittstaaten oder in Grenzländer, durch exterritoriales Abdrängen bis in die kriegsnahen Nachbarstaaten und deren Aufnahmelager gekennzeichnet. Die staatlichen Entscheidungsträger geben sich verantwortlich dafür, sowohl die Interessen der heimischen Bevölkerung als auch das Asylrecht der Flüchtenden ernst zu nehmen. Allerdings scheinen die Sorge um die nationale Identität, die sogenannte Leitkultur und die Abwehr terroristischer Gefahren die politische Arena zu beherrschen, während das Asylrecht scheinbarweise in ein Asylverweigerungsrecht mutiert. Leider überdeckt die Rhetorik der Mitverantwortung für die bedrängte Lage der Ankommenden in den Notaufnahmeeinrichtungen beiläufige Hinweise darauf, dass man auch die Ursachen der Fluchtbewegungen thematisieren wolle. Diese reichen indessen in die koloniale Vergangenheit zurück und müssten gegenwärtig in den von den europäischen Mächten geförderten postkolonialen Eliten der schein-demokratischen, erodierenden Staaten im Nahen und mittleren Osten sowie in Afrika ausfindig gemacht werden. Dort müssten die EU-Staaten ihre Komplizenschaft mit Militärregimes, Diktaturen und Feudalherrschaften beenden.

Das europäische Narrativ zur Begründung militärischer Interventionen bedient sich des Deckmantels humanitärer Hilfe, der Verteidigung von Menschenrechten und Demokratie, dient jedoch dem Ziel, sich relevante Ressourcen, Zugangswege, strategischen Einfluss und erweiterte Märkte zu sichern. Allerdings sind die Interventionen des Westens unter der Hegemonie der USA während des Kalten Krieges entlang der offenen Südflanke der Sowjetunion und ebenso im Mittleren und Nahen Osten sowie in Afrika eine unendliche, deprimierende Geschichte geopolitischen Versagens.

- Als das Osmanische Reich zu zerfallen begann, steckten die imperialen Mächte Großbritannien und Frankreich ihre Einflusszonen im Nahen Osten ab, zogen wie mit dem Lineal die heutigen Staatsgrenzen. Der so genannte Islamische Staat hat sich zum Ziel gesetzt, einen Abschnitt der Sykes-Picot Grenzlinie zwischen dem Irak und Syrien einzureißen.
- In der unmittelbaren Nachkriegszeit haben die USA Bündnispartner für Militärstützpunkte gesucht und gefunden, um die Sowjetunion an der Südflanke einzuhegen. Die Türkei, Persien, Pakistan, Korea, Japan haben sich als willige Verbündete der Containment-Strategie zur Verfügung gestellt.

- Nach dem Sturz des Schahs von Persien verstaatlichte der demokratisch gewählte Ministerpräsident Mossadegh 1951 die Ölförderung, die in den Händen britischer und US-amerikanischer Firmen lag. Darauf stürzten die USA unter britischer Beteiligung Mossadegh, ließen ihn lebenslänglich unter Hausarrest stellen, riefen den Schah aus dem Exil zurück und stellten die Monarchie wieder her. Ohne diesen Putsch 1953 hätte es die iranische Revolution 1979 wohl nicht oder nicht so gegeben.
- Afghanistan war im 19. Jahrhundert der Spielball der Kolonialmächte Großbritannien und Russland. Dem Königreich und dem Präsidialregime nach dem Ersten Weltkrieg folgte 1978 die Machtübernahme durch die kommunistische Volkspartei. Gegen die „Ungläubigen“, die mit sowjetischer Hilfe die Macht übernommen hatten, begannen die Mudschahedin mit US-amerikanischer Unterstützung einen Bürgerkrieg, der die Sowjetunion in eine vernichtende Interventionsfalle lockte. Afghanistan wurde zum Schlachtfeld im Heiligen Krieg, zu dem Saudi-Arabien gegen den Iran Chomenis und Moskau aufrief, während die Unterstützung der Mudschahedin durch die USA zur Auflösung der UdSSR beitrug. Nach dem Abzug der Sowjets konnte die moskautreue Regierung sich noch drei Jahre behaupten, bevor die Mudschahedin Kabul eroberten. Die neue Bewegung der Taliban eroberte 1996 unter wohlwollender Billigung der USA die Hauptstadt und kontrollierten 90 Prozent Afghanistans, als die USA nach dem 11.9. 2001 die Offensive gegen sie starteten. Osama bin Laden und Al Quaida sind ein Erzeugnis US-amerikanischer Interventionen und strenger Wirtschaftsembargos am Hindukusch.
- Als Bestandteil der „Achse des Bösen“ sollte der Iran unter Chomeni: nach dem Willen der US-Regierung geschwächt werden. Deshalb wurde Saddam Hussein 1980 im Krieg gegen den Iran mit modernen Waffen unterstützt, die über Israel und Ägypten in den Irak gelangten. Hussein wollte den Grenzverlauf zwischen Irak und Iran korrigieren und die ölfreiche, von Arabern besiedelte Grenzregion einschließlich der Raffinerien von Abadan erobern. Aber auch die Iraner erhielten US-Waffen. Der Krieg endete nach acht Jahren mit einem Waffenstillstand entlang der alten Grenze, allerdings mit rund einer Million Toten, von denen drei Viertel Iraner waren. Der Irak war nun hoch verschuldet. Um der Schuldenfalle zu entkommen, besetzte Hussein 1990 Kuwait, um sich der Ölquellen zu bemächtigen. Aber Kuwait war neben Saudi-Arabien der wichtigste Öllieferant der USA. Die Carter-Doktrin enthielt die Klausel, die nationalen Interessen am Golf auch mit Gewalt zu verteidigen. Innerhalb von sechs Wochen vertrieben die USA mit einer internationalen Koalition die Iraker aus Kuwait. Rigorose Wirtschaftssanktionen, die von den USA bei der UN durchgesetzt wurden, ließen die irakische Zivilbevölkerung, der Lebensmittel und Medikamente entzogen wurden, für etwas bezahlen, an dem sie nicht beteiligt waren.
- Präsident Clinton verkündete 1993 die Doktrin der zweifachen Eingrenzung, die sowohl dem Iran als auch dem Irak galt. Sie bot den USA und Großbritannien in einer „Koalition der Willigen“ die Grundlage dafür, den Irak völkerrechtswidrig zu überfallen. Die ursprünglichen Argumente, die Demokratie zu verbreiten und die Menschenrechte zur Geltung zu bringen, wurden beispielhaft durch die Aussicht auf die Ölquellen und den nie bestätigten Vorwurf überlagert, Saddam Hussein verfüge über Massenvernichtungswaffen.
- In Ägypten hat der Westen den rechtswidrigen Sturz und die brutale Verfolgung der Muslim-Brüder durch das Militär hingenommen, weil Präsident Sisi den Waffenstillstand zwischen Israel und den Palästinensern vermittelt hat. Die Existenz Israels gehört nach den Aussagen der

Bundeskanzlerin zur Staatsraison der Bundesrepublik. Wenn etwas zur Staatsräson Deutschlands gehört, ist es das Grundgesetz, aber nicht der real existierende Staat Israel und dessen von Obsessionen bestimmte Politik gegenüber dem Iran, der Hisbollah und den Palästinensern. Die Exzesse einer Besatzung des Landes, das den Palästinensern gehört, das Einsperren der Bevölkerung des Gazastreifens und die Blockade der Zugänge, die Provokation jüdischer Siedler, arabisches Land zu besetzen und zu besiedeln, die fünfmaligen unverhältnismäßigen Zerstörungssorgien des Gazastreifens (2000, 2003, 2005, 2006, 2014) widerspruchslos zu dulden, nennt Michael Lüders „Feigheit vor dem Freund“.

- Den von den UN genehmigten Militäreinsatz in Libyen haben Großbritannien und Frankreich als Freibrief zum Sturz Gaddafis gedeutet. Im Anschluss an dessen Sturz haben sich Teile seiner Söldnerarmee nach Zentralafrika, nach Mali und Nigeria abgesetzt, wodurch eine neue Kette von Militäreinsätzen entsteht, zu dem sich die Mitgliedsländer der EU berufen fühlen.

- Der von europäischen Staaten eingeleitete Militäreinsatz in Mali wurde mit dem von den UN autorisierten Kampf gegen einen von außen eingeflogenen internationalen Terrorismus begründet, während die Deutung des Dramas durch die Bevölkerung in Mali selbst davon abwich. Diese hat die wiederholt aufbrechenden einheimischen Konfliktlinien, die auf ethnische Differenzen, auf die geographische Dichotomie des bis in die Wüste hineinreichenden Nordens und des durch den Nigerbogen geprägten fruchtbaren Südens sowie auf einen zerfallenden demokratischen Zentralstaats zurückgeführt werden, für die tiefen Verletzungen des Bürgerkriegs eher verantwortlich gemacht als das Intermezzo fanatischer Islamisten. Denn bereits unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung 1963 haben das wechselseitige Misstrauen der franko-kritischen schwarzen Oberschicht in der Hauptstadt Bamako gegen die angebliche Arroganz der Tuareg und die empfundene Überheblichkeit der hellhäutigen wie auch schwarzen Tuareg im Norden gegen die als ungebildet eingestuften Schwarzen im Süden eine Rebellion der Tuareg ausgelöst. Ihr folgte eine erbitterte Reaktion des Zentralstaats unter dem ersten Präsidenten Keita, der im Norden das Kriegsrecht verhängen, Brunnen vergiften und Herden erschießen ließ. 50 Jahre später entfesselte ein kollektives Trauma der „Söhne von 1963“ einen Sezessionskrieg zwischen den (von libyschen Söldnern unterstützten) Tuareg, deren Weideland und Herden unter der Dürre 1972/73 extrem gelitten hatten, und den im Nigerbogen ansässigen Bauern. Unter wohlwollender Berichterstattung der französischen Medien hielt die „Nationale Bewegung für die Befreiung von Nordmali“ in der ersten Phase zwei Drittel des malischen Staatsgebiets besetzt. In der zweiten Phase des militärischen Konflikts setzte eine Gegenoffensive ein: Die Koalition aus einer islamischen Tuareg-Formation und einer „Bewegung für Monotheismus und D jihad in Westafrika“ konnte die Befreiungsarmee des Nordens vertreiben. In der dritten Phase des militärischen Konflikts wurde das Desinteresse der EU vom Einsatz französischer Spezialkräfte abgelöst, die damit rechnen konnten, dass die EU-Mitgliedsländer sie logistisch unterstützten. Eine UN-Friedenstruppe soll im Norden den Kampf gegen islamistische Terroristen entschlossen führen und erfolgreich beenden.

- Der Bürgerkrieg in Syrien ist inzwischen in die Phase eines Stellvertreterkriegs zurückgekehrt - auf der einen Seite die westlichen Staaten, die Golfstaaten und Saudi-Arabien, die sich zusätzlich auf dem Nebenkriegsschauplatz des Jemen austoben, auf der anderen Seite Russland, China und der Iran. Der Westen liefert Waffen an gemäßigt und befreundete deklarierte oppositionelle Gruppen, vor allem syrisch-irakische Kurden. Nachdem sich der Islamische Staat

aus dieser Gemengelage herauschält hatte, wechselten die Adressaten westlicher Waffenlieferungen. Sowohl Russland als auch die Türkei griffen militärisch in den Krieg ein. Unter dem Vorwand, den Terrorismus des islamischen Staats zu bekämpfen, bombardierten sie Stellungen der so genannten gemäßigten syrischen Opposition gegen Assad bzw. Gruppen der „syrisch-türkischen“ PKK. Dabei wechselte die bisher geächtete Atommacht Iran zum Verbündeten nicht nur Russlands sondern auch der Westmächte im Kampf gegen den Islamischen Staat, während deren Einstellung zu Präsident Assad ambivalent geworden ist.

Die westliche Welt hinterlässt überall dort, wo sie in der Regel, mit seltenen Ausnahmen völkerrechtswidrig militärisch interveniert oder intervenieren lässt, meist im Schulterschluss mit Diktatoren und Feudalherrschern, mit reaktionären und undemokratischen Regierungen und fast bedingungslos mit Israel verbrannte Erde, zerstörte Städte und eine unermessliche Menge von Toten und Flüchtlingen. Dabei ist offensichtlich, dass solche Interventionen die Konflikte nicht bewältigen, schon gar nicht lösen, sondern neue hervorbringen.

#### **4. Normative Reflexion**

(1) Schon vor der beispiellosen Finanzkrise, die am Ende der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts die globale Wirtschaft in einen Abgrund zu stürzen drohte, hatte Georges Soros das verantwortungslose Gewinnstreben der Investmentbanker verurteilt und gefordert: „Moral an die Börse“. Zwei Jahre nach dem Zusammenbruch der Lehman Brothers Bank veröffentlichte die Evangelische Kirche in Deutschland ein Dokument, das einen Mangel an Verantwortung bis zur Verantwortungslosigkeit als Ausgangspunkt der beispiellosen Krise diagnostizierte. Noch eindringlicher appellierte ein vatikanisches Sozialrundschreiben im gleichen Jahr mit 40 Varianten des Begriffs an die Verantwortung der wirtschaftlichen Akteure. Und der Chefermittler der Bankenkrise im US-amerikanischen Senat unterstellte eine persönliche Verantwortung der leitenden Manager, als er einen ehemaligen Banker fragte: „Raubt es Ihnen nicht den Schlaf, wenn Sie daran denken, was Sie angerichtet haben?“ Er erhielt die Antwort: „Wir sind nicht verantwortlich, wirklich nicht. Sorry for that“. Aber ist der Appell an persönliche Verantwortung die einzig angemessene normative Antwort auf die Systemfehler globaler Finanzmärkte und einer imperialen Ökonomie?

(2) Von Fürst Bismarck wird die Aussage überliefert: „Mit der Bergpredigt kann ich nicht regieren“. Und Hilmar Kopper, der frühere Vorstandssprecher der Deutschen Bank erklärte: „Mit der Bibel lässt sich kein Kreditrisiko abschätzen“. Die Dichotomie zwischen Wirtschaft und Moral geht zurück auf jene Unterscheidung Max Webers, die er zwischen der Welt der Tatsachen und dem Universum der Werte wie eine abgrundtiefe Trennlinie zog. Niklas Luhmann spitzte Webers Aussage sarkastisch zu: Wirtschaftsethik und englische Küche stimmten darin überein, dass es sie nicht gibt. Eine methodisch belastbare Ethik habe allenfalls die Aufgabe, „vor Moral zu warnen“. Innerhalb einer solchen Tradition sahen sich die Vertreter der Wirtschaftswissenschaft bestätigt, bei ihrer Forschung werturteilsfrei voranzugehen. Ein marktradikales Dogma, das sich seit Beginn der 1980er Jahre über die USA und Großbritannien auf dem europäischen Kontinent ausgebreitet hat, enthält drei „Glaubenssätze“: Vertrau auf die Selbstheilungskräfte des Marktes. Der schlanke Staat ist der beste aller möglichen Staaten. Wenn die Zentralbank die Inflation rigoros bekämpft, ist jede Wirtschaftspolitik an anderer Stelle überflüssig. Aber die Wirtschaft ist

eine gesellschaftlich gesteuerte Veranstaltung, sie funktioniert nur dann angemessen, solange sie in eine Gesellschaft eingebettet ist, in deren rechtlichen und politischen Rahmen, der in menschlichen Entscheidungen gründet und aus ihnen hervorgeht. Gegenwärtig jedoch ist „Soziale Marktwirtschaft“ eine bloße Legende. Der so genannte koordinierte Rheinische Kapitalismus ist seit der „Agenda 2010“-Politik zu Beginn der ersten Dekade des neuen Jahrhundert durch einen angloamerikanischen Finanzkapitalismus abgelöst worden. Die Regierungen einer „Finanzdemokratie“ haben sich der Hegemonie kapitalistischer Machtverhältnisse unterworfen. Finanzmärkte übernehmen die Rolle einer fünften Gewalt in der formal repräsentativen Demokratie.

(3) Lässt sich inzwischen unter den Ökonomen ein „Gezeitenwechsel“ beobachten, den Risiken sozialer Ungleichheit vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen? Thomas Piketty hat in einem Aufsehen erregenden Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ auf Grund von Steuerstatistiken ermittelt, dass in den vergangenen 300 Jahren die Kapitalrendite und die Kapitaleinkommen jeweils steiler und schneller steigen als das Volkseinkommen und die Arbeitseinkommen. Eine Ausnahme bilden die Zeiten der zwei Weltkriege und unmittelbar danach, weil die Regierungen Initiativen ergriffen hatten, das Wirtschaftswachstum und den technischen Fortschritt anzuregen, die Beschäftigung zu fördern, eine ausgewogene Verteilung der Einkommen und Vermögen zu organisieren und diese progressiv zu besteuern. Zudem hat die Geschäftsführerin des IWF Christine Lagarde auf einer Londoner Konferenz über „Inklusiven Kapitalismus“ im Mai 2014 in einer viel beachteten Rede erklärt: Es sei an der Zeit, das 30-jährige ausschließliche Werben um wirtschaftliches Wachstum durch das Bemühen um eine gerechte Verteilung des wirtschaftlichen Reichtums abgelöst wird. Und der Leiter des Kieler Institut für Weltwirtschaft hat seine Kollegen dazu aufgerufen, sich von dem irrigen Leitbild des „homo oeconomicus“ zu verabschieden, und zugesagt, dass sich das Kieler Institut vermehrt solchen Forschungsprojekten widmen werde, die Fragen sozialer Gerechtigkeit und einer ausgewogenen Verteilung thematisieren.

(4) Die Antwort auf die Frage der Gerechtigkeit als normativer Grundstruktur einer Gesellschaft kann in modernen, weltanschaulich pluralen Gesellschaften keinem außenstehenden neutralen Schiedsrichter und dessen Urteil, was gerecht sei, überlassen werden. Es können auch nicht die Angehörigen einer Teilgruppe der Gesellschaft die eigenen Vorstellungen gelingenden Lebens allen Gesellschaftsmitgliedern verpflichtend vorschreiben. Vielmehr sind die Mitglieder moderner Gesellschaften gehalten, sich wechselseitig und allgemein über das, was sie einander schulden, zu verständigen.

- Normative Grundsätze fallen nicht wie ein Geschenk vom Himmel, sie werden kollektiv entworfen, situativ ausgelegt und kreativ angewendet. Die Güterverteilung in der antiken Stadt, die Empörung der Bürger über die Freiheitsberaubung durch absolute Monarchen oder der Protest notleidender Arbeiter gegen die Übermacht kapitalistischer Unternehmer sind ein Beleg dafür, dass normative Grundsätze auf eine jeweils andere gesellschaftliche Situation antworten, die das kollektive Handeln herausfordert.

- Normative Grundsätze zu formulieren, ist nicht ein bewusstlos und ohnmächtig ausgelöster, automatischer Reflex der Anpassung an biologische, ökonomische oder technische Megatrends. Wer beispielsweise die Hauptströmung eines Flusses, die er beobachtet, zum unabweisbaren Trend erklärt, dem die normativen Grundsätze lediglich anzupassen seien, verzichtet auf politische Gestaltungsmacht und kreativen Gestaltungswillen. Er gleicht einem Menschen, der zuerst das Wehr hochzieht und sich anschließend darüber wundert, dass er im reißenden Strom

den Halt verliert. Angesichts der Situation wachsender sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Polarisierung, die das Risiko gewaltsamer Konflikte in sich bergen, kann der Grundsatz der Gerechtigkeit als Gleichheitsvermutung eine hohe Priorität beanspruchen. Zumindest kann er in einer extrem asymmetrischen gesellschaftlichen Situation als ziemlich plausibel aufgewiesen werden.

(5) Gegen die Behauptung, dass der Grundsatz der Gerechtigkeit eine Gleichheitsvermutung enthalte, werden starke Einwände erhoben.

- Jeder Mensch ist einzigartig und unverwechselbar. Die Kompetenzen und Interessen, die ihm zu eigen sind, sowie seine elementaren Bedürfnisse an denen anderer Menschen zu messen, sei nicht zulässig. Folglich habe jede Person das Recht, differenzierte gesellschaftliche Positionen zu beanspruchen, die sie sich auf Grund eigener Talente und Anstrengungen erworben hat. Zum andern verfüge die Gesellschaft nicht über ein verborgenes Reservoir als ihr Eigentum, aus dem sie alle individuellen Kompetenzen schöpft. Und schließlich könne eine aufwendige sozialstaatliche Bürokratie die Gleichheit aller Bürger nicht herstellen. Sie würde die weniger Talentierte während des Rennens um gesellschaftliche Positionen nur in eine aussichtslose Aufholjagd treiben, die auf einen Ausgleich zielt, der nie erreicht wird. Schon gar nicht habe die Gesellschaft ein Mandat, das ihr gestattet, das Schicksal zu korrigieren.
- Solchen Einwänden kann mit dem formalen Hinweis begegnet werden, dass der Begriff der Gerechtigkeit immer den Bezug zu anderen enthält und den Vergleich mit anderen zulässt. Der empirische Begriff der Gleichheit bedeutet nicht Identität: Selbst Zwillinge sind gleich, aber nicht identisch. Gleichheit ist die qualitative Übereinstimmung von Subjekten oder Sachverhalten in einem oder einigen Merkmalen, während andere Merkmale verschieden sind. In welcher Hinsicht sind zwei Subjekte gleich? Beispielsweise hinsichtlich musischer Talente oder technischer Begabung, hinsichtlich der Herkunft aus einer Region oder hinsichtlich ihrer Kleidung.
- Verhältnismäßige Gleichheit ist also eine erste Präzision der Gleichheitsvermutung. In der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ drückt sich diese Einsicht aus. In der wohlgeordneten antiken Stadt oder in der mittelalterlichen, feudal gegliederten Gesellschaft wurde den einzelnen Mitgliedern „das Gleiche“ jeweils im Verhältnis zu ihren Talenten, Verdiensten, Funktionen oder Positionen zugewiesen. Zu Beginn der Neuzeit hat sich jedoch eine kopernikanische Wende ereignet: Das „Gleiche“ wird im Verhältnis zu sich selbst bestimmt - zum selbstbewussten, selbstbestimmten individuellen Subjekt und seiner Absicht, sich als Person selbst zu verwirklichen und eine eigenständige Identität zu finden. Die Gleichheitsvermutung legt sich daraufhin als Grundsatz moralischer Gleichheit aus. Moralische Gleichheit besagt, dass jede Person einen moralischen Anspruch darauf hat, mit der gleichen Rücksicht und Achtung behandelt zu werden wie jede andere. Sie ist von einem Standpunkt der Unparteilichkeit und der Allgemeinheit als autonomes Lebewesen zu achten und als Gleiche - nicht gleich - zu behandeln und zu respektieren. Diesen Anspruch gestehen Mitglieder einer gerechten Gesellschaft sich wechselseitig und allgemein zu.
- Aus dem Grundsatz moralischer Gleichheit lässt sich nicht direkt und unmittelbar eine Gleichheitsvermutung für die Verteilung von Grundgütern, Zugangschancen, wirtschaftlichen Verfügungsrechten und gesellschaftlichen Machtpositionen ableiten. Wer dies versuchen wollte, würde in eine politische Moralfalle stolpern. Dass in einer Gesellschaft, deren Mitglieder sich wechselseitig und allgemein als moralisch Gleiche anerkennen, Differenzen und Ungleichheiten etwa von Einkommen und Vermögen zugelassen werden, steht außer Frage. Sie sollten sich jedoch ausschließlich durch Gründe rechtfertigen lassen, die in persönlichen Leistungen - indem



persönliche Talente und Energien mobilisiert werden - oder in beruflicher Verantwortung oder gesellschaftlichen Funktionen verankert sind, nicht aber in geschlechtsspezifischen Rollenmustern, im Einkommen und Vermögen oder im Herkommen und Wohnumfeld der Eltern, also in der natürlichen oder gesellschaftlichen Lotterie. Solche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Positionen sollten jedem offen stehen. Zudem sollte das Ausmaß ihrer Differenzierung von jenen bestimmt werden, die gesellschaftlich am wenigsten begünstigt sind.

(6) Der Grundsatz der Gerechtigkeit wird herausragend als Recht auf Rechtfertigung formuliert.

- Dadurch wird vermieden, dass der Begriff der Gerechtigkeit auch nicht in zweiter Linie an der materiellen Perspektive einer ausgewogenen Verteilung bereits vorhandener Grundgüter orientiert bleibt. Vielmehr wird zuerst und vor allem die politische Perspektive thematisiert, wie die Güter, die zu verteilen sind, hergestellt werden, wer über die Strukturen, wie sie hergestellt werden, bestimmt, wer die Macht dazu hat, ob diese Macht gerechtfertigt ist und wie sie gerechtfertigt werden soll. Die Perspektive gesellschaftlicher Rechtfertigungsmacht wird zum Kern des Begriffs der Gerechtigkeit.

- Die Gerechtigkeitsfrage vom Recht auf Rechtfertigung her zu beantworten, bedeutet einen radikalen Perspektivenwechsel der Gerechtigkeitsdebatte überhaupt: Vorrangig wird die intersubjektive Dimension der Rechtfertigung gesellschaftlicher Verhältnisse eingenommen. Die Autoren und Adressaten der Gesellschaft selbst werden in das Zentrum der ethischen Reflexion gerückt. Sie werden als vollwertige und gleichberechtigte Akteure anerkannt, die sich wechselseitig und allgemein das Recht auf Rechtfertigung jener Verhältnisse zugestehen, denen sie unterworfen sind.

- Das gleiche Grundrecht auf Rechtfertigung besteht darin, dass die Grundsätze, Normen und Verfahren einer Gesellschaft gegenüber allen und von allen autonomen Personen als freien und gleichen Mitgliedern dieser Gesellschaft wechselseitig und allgemein, das bedeutet unter Einschluss aller möglichen Akteure, als angemessen begründet angesehen und bejaht werden können. Dabei steht in den diskursiven, konstruktiven und demokratischen Verfahren der Rechtfertigung den weniger begünstigten Mitgliedern ein Vetorecht zu. Diese sollen nicht zurückgesetzt, bedrängt und übergangen werden. Die Rechtfertigungsmacht soll egalitär verteilt bleiben. Eine mit Vorteilen verbundene Dominanz, die sich nicht gegenüber allen, insbesondere den schlechter gestellten Mitgliedern angemessen begründen lässt, soll gar nicht entstehen. Ein Herrschaftsverhältnis ohne Rechtfertigungsgrund soll von Grund auf ausgeschlossen sein.

Es lässt sich ahnen, wie radikal der normative Grundsatz des Rechts auf Rechtfertigung die Perspektiven der gegenwärtigen „Flüchtlingskrise“ verändert: Es sind zuerst die Flüchtlinge, die politisch Verfolgten, dem Hunger, Durst und Elend, der Lebensgefahr auf dem Landweg und auf hoher See entronnen, die ihre Sehnsucht nach Ausruhen, Wohnen und Arbeiten sich erfüllen sehen, die Armen, Abgehängten und Ausgeschlossenen, denen das Recht zugestanden wird, das mächtige Interesse der politischen Klasse in Deutschland ihnen gegenüber zu rechtfertigen, dass die nationale Identität, die angeblich jüdisch-christliche Leitkultur und eine obrigkeitliche Sicherheit und Ordnung höher einzustufen sei als das Menschenrecht auf Asyl.. Noch eindringlicher haben sie das Recht auf Rechtfertigung des imperialen Weltwirtschaftsregimes und der dadurch ausgelösten militärischen Konflikte, deren Opfer sie, deren Mittäter jedoch die politisch Verantwortlichen in Deutschland sind.

*Vortrag auf der Konferenz der Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs am 4.10.2015 in Frankfurt (M)*